

Beitrag zur Podiumsdiskussion "Solidarität und Individualisierung"

Beck-Gernsheim, Elisabeth

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Beck-Gernsheim, E. (1989). Beitrag zur Podiumsdiskussion "Solidarität und Individualisierung". In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 393-397). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-147111>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

schränkung an der Abkehr von der Option der aktiven staatlichen Steuerung des Arbeitsmarktes. Dies betrifft in erster Linie die Regulierung der Arbeitsnachfrage, zum Teil auch die Regulierung des Angebotes. Die Option "mehr Markt, weniger Staat" als Regulator des Arbeitsmarktes bzw. für Arbeitsmarktprobleme gewinnt politikanleitende Bedeutung. Dem teilweisen Rückzug des Staates aus der aktiven Steuerung von Beschäftigungsproblemen korrespondieren Deregulierungsansätze hinsichtlich der Gestaltung wohlfahrtsstaatlich fixierter individueller Rechtsansprüche.

- Damit wird ein Entwicklungstrend verstärkt, der ein weiteres Kennzeichen der aktuellen Situation ist: die Erosion der traditionellen Existenzsicherungsfunktion des Wohlfahrtsstaates. Die abnehmende Intergrationskraft des Arbeitsmarktes wird wohlfahrtsstaatlich verlängert - ablesbar an der Verschiebung von der Ebene der Arbeitslosenversicherung zur Sozialhilfe, an der Ausgrenzung aus staatlich geregelten Leistungen, an der Privatisierung, d.h. Individualisierung und Familisierung der Lösung materieller Probleme, an Verarmungsprozessen jener, die nicht oder nur randmässig in den Arbeitsmarkt integriert werden.
- Selbst wenn in der bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Tradition die Ausgrenzung aus dem staatlich geregelten Leistungssystem in der Konstruktion der sozialen Sicherungssysteme strukturell angelegt ist, läuft die aktuelle Politik in der BRD im Unterschied zur Ausrichtung in der Entwicklung nach 1945 nicht nur darauf hinaus, die Maschen der sozialen Sicherungssysteme zu verbreitern (z.B. durch Restriktion des Zugangs und durch Absenkung des Leistungsniveaus), sondern - so auch in Österreich - durch die Nichtregulierung offenkundig gewordener Probleme der materiellen Versorgung von Arbeitslosen die *reale* Reichweite des Wohlfahrtsstaates zu begrenzen. In der wohlfahrtsstaatlichen Reproduktion und Verwaltung steigender Ungleichheit materieller und sozialer Teilhabechancen bzw. in der offenkundiger werdenden Spaltung der Gesellschaft finden Veränderungen im Wohlfahrtsstaat merkbaren Ausdruck.

II Solidarität und Individualisierung

Beitrag zur Podiumsdiskussion "Solidarität und Individualisierung"

Elisabeth Beck-Gernsheim (München)

1. *Solidarität als Frauenfrage*

Die Entwicklung zu Beginn der Moderne lässt sich grob so charakterisieren: Mit der Industrialisierung verliert die Familie ihre Funktion als Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft. Es entsteht die bekannte Arbeitsteilung: der Mann zu-

ständig für Aussenwelt, Beruf, Öffentlichkeit; die Frau für Heim und Familie. Diese polarisierten Lebenswege von Mann und Frau entstehen nicht zufällig, sondern gehören zum Fundament der neu aufkommenden Industriegesellschaft. Sie sind Teil ihres inneren Bauplans, und zwar in folgendem Sinn: Mit der Auflösung des "ganzen Hauses" entsteht einerseits jene neue Form des Lebenslaufs, die die Einzelperson in den Mittelpunkt rückt. Sie löst die Existenzsicherung ab von der Familie als Wirtschaftsgemeinschaft, verknüpft sie stattdessen mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes, mit den Geboten von Konkurrenzkampf und Selbstbehauptung. Es ist diejenige Arbeits- und Lebensform, die wir die "moderne" nennen - und diejenige, die dem Mann zugewiesen ist.

Aber keine Gesellschaft besteht nur aus gesunden, erwachsenen und durchsetzungsfähigen Personen, die kräftig genug sind, ihr Überleben nach den Gesetzen des Arbeitsmarktes zu sichern. Da sind die Kinder, Alten und Schwachen, die in der Familienwirtschaft mithelfen konnten und deshalb auch einigermaßen integriert werden konnten - aber unter den anonymen Gesetzen des Marktes, wo das Recht des Stärkeren gilt, an den Rand gedrängt werden. Darüber hinaus müssen auch diejenigen Personen, die am Arbeitsmarkt tätig sind, ständig Bedürfnisse unterdrücken, die nicht hineinpassen ins Diktat der industriellen Rationalität. Mit dem Aufkommen der Industriegesellschaft wird deshalb zugleich auch eine andere, komplementäre Form des Lebenslaufs notwendig, deren Aufgabe es ist, die "Härten der Modernisierung" zu mildern. Sie ist nicht zugeschnitten auf die Durchsetzung als Einzelperson, sondern gerade umgekehrt auf die Sorge für andere. Es ist diejenige Arbeits- und Lebensform, die der Frau zugewiesen ist.

2. *Individualisierung der weiblichen Normalbiographie oder: das "Dasein für andere" wird brüchig*

Die Freisetzung aus traditionellen Bezügen, die zu Beginn der Moderne auf Männer beschränkt blieb, wird seit Ende des 19. Jahrhunderts, und erst recht seit den 60er Jahren dieses Jahrhunderts, auch für Frauen spürbar. Durch Veränderungen in Bildung, Beruf, Familienzyklus, Rechtssystem usw. werden Frauen aus der Familienbildung zumindest teilweise herausgelöst; können immer weniger Versorgung über den Mann erwarten; werden (in freilich oft widersprüchlicher Form) auf Selbständigkeit und Selbstversorgung verwiesen. Sie können sich nicht mehr nur als "Anhängsel" der Familie begreifen, sondern müssen sich zunehmend als Einzelperson verstehen mit entsprechend eigenen Interessen und Rechten, Zukunftsplänen und Wahlmöglichkeiten.

Und dies eben hat Konsequenzen: Frauen, die den Anspruch und Zwang zum "eigenen Leben" erfahren, können nicht mehr im selben Mass wie früher auch die Aufgaben im "Dasein für andere" erbringen. Jene Form der Solidarität, die früher den Frauen zugewiesen wurde, kann nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden, im Gegenteil: sie wird zunehmend prekär. Dies erleben wir heute in verschiedenen Bereichen, z.B. Beziehungsarbeit, bei Kinderwunsch und Kinderversorgung, bei der Pflege der älteren Generation. Die hier entstehenden "Solidaritäts-Lücken" führen in der gesellschaftspolitischen Diskussion vielfach hinein in

die Frage nach der Stellung der Frau: Soll sie, um für die Familie sorgen zu können, wieder ausgegrenzt werden von den Rechten und Zwängen der Individualisierung? Oder soll sie diese Rechte und Zwänge genauso wie der Mann erfahren? Und was wird aus den Aufgaben der Solidarität, aus den Anforderungen des menschlichen Zusammenlebens, wenn nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, dass die Frau als "Hüterin" des familiären Systems zur Verfügung steht?

3. Was tun?

In der einschlägigen Diskussion stehen sich unterschiedliche Positionen gegenüber. Auf der einen Seite sind die, die die Lösung darin sehen, dass Frauen als Gruppe von einem "übersteigerten" Individualismus abrücken und sich mehr auf die Aufgaben in der Familie besinnen. In diesem Sinn argumentieren z.B. BERGER / BERGER in ihrem Buch "In Verteidigung der bürgerlichen Familie". Sie sprechen darin von einem "Hyper-Individualismus", der die Gegenwart kennzeichnet. Um diesem Trend zu begegnen, schlagen BERGER / BERGER verschiedene Orientierungsprinzipien politischen Handelns vor. Dabei wird explizit die Rolle der Frau ins Blickfeld gerückt:

"Die Ziele der Frauenbewegung geraten in Konflikt mit der Familie, weil immer mehr Frauen eine Arbeit ausserhalb des Hauses suchen oder suchen müssen, und weil in der Konsequenz die Familienpflichten oft als Karrierehindernis erscheinen. Die Frauen werden für sich selbst entscheiden müssen, wo ihre Prioritäten liegen. Unsere Hoffnung ist, dass viele einsehen werden, dass das Leben mehr als eine Karriere ist und dass dies 'mehr' vor allem in der Familie zu finden ist." (The War Over The Family, New York 1983, S. 205.)

Als eine andere Möglichkeit bietet sich an, diejenigen Aufgaben, die traditionell von Frauen in der Familie erbracht wurden (und zum guten Teil immer noch erbracht werden) zunehmend auszulagern und in institutioneller, beruflicher Form zu bearbeiten. Das heisst dann z.B. mehr Kinderkrippen, mehr Kindergärten, mehr Ganztageseschulen; mehr Pflegeheime und Sozialstationen - für Alte, Kranke, Behinderte; mehr Stellen für Erzieher, Altenpfleger, Sozialarbeiter usw.

Ein Ausbau solcher familienunterstützenden Dienste bedeutet zweifellos eine wichtige Entlastung für die Familien und insbesondere auch für Frauen. Aber offenbar wird allmählich auch sichtbar, dass ein Ausbau solcher Dienstleistungen in verberuflichter Form an manche Grenzen stösst. Da ist zunächst die finanzielle Grenze: Wer soll dies bezahlen? Und dann wird von einer wachsenden Zahl von Autorinnen und Autoren auch die grundsätzliche Frage gestellt: Wie sinnvoll ist es denn, wenn wir all diejenigen, die den Imperativen der Leistungsgesellschaft nicht nachkommen können, in Institutionen auslagern, damit wir selbst den Imperativen der Leistungsgesellschaft umso ungehinderter folgend können?

Hier wird also darauf verwiesen, dass es Grenzen der Professionalisierung gibt; und dass dann, wenn man diese Grenzen überschreitet, dies erhebliche Kosten hat - Kosten keineswegs nur finanzieller Art, sondern Kosten für das gesamte gesellschaftliche, soziale Leben; Kosten für diejenigen, die wir abschieben (die

Alten, die Kranken, die Behinderten), aber auch Kosten für uns, die wir sie abschieben, weil unser Leben dadurch enger und steriler wird, immer mehr auf den Radius der Tauschlogik fixiert. Sehr deutlich artikuliert wird diese Position z.B. bei PHILIP SLATER:

“Unsere Vorstellungen, die Alten, Geisteskranken, Zurückgebliebenen und Schwachen seien in Versorgungsanstalten unterzubringen, basiert auf einem Denkmodell, das man als ‘Glauben an die Wasserspülung’ bezeichnen könnte. Es ist die Annahme, dass unerwünschte Dinge, unerwünschte Schwierigkeiten, unerwünschte Komplexitäten und Hindernisse verschwinden werden, wenn sie aus unserem Gesichtsfeld entfernt werden...Vor dem Ersten Weltkrieg hatte das Bibelwort ‘Die Armen sind unter uns’ noch eine wörtlichere Bedeutung...Heute dagegen ist das Buch der Erfahrungen voll von leeren und geheimnisvollen Seiten. Die berufliche Spezialisierung und Revierzuweisung übt eine Art Zensur aus über das, was wir wissen von der Welt und von den Zusammenhängen, in denen wir leben...Aber ein klein wenig empfinden wir auch Langeweile und Unbehagen angesichts der geordneten Chrom- und Porzellan-Leere unseres Lebens, aus dem soviel Leben bereits entfernt ist.” (The Pursuit of Loneliness, Bosten 1971, S. 15f.)

Autorinnen, die der Frauenbewegung nahestehen, wehren sich gegen alle Versuche, die Frau zurückzuschicken zu Küche und Kind. Aber sie fragen gleichzeitig auch: Wie sieht denn die Gleichstellung aus, die wir haben? Und immer kritischer stellen sie fest: Die Veränderung ist sehr einseitig verlaufen. Was sich durchgesetzt hat, ist eine Angleichung an das Männerdasein und seine Regeln. Sie zeigen, wie da, wo der Zwang zum “eigenen Leben” sich ausbreitet, auch eine wichtige Ressource des sozialen Lebens verschwindet. Denn nicht zufällig waren der Geschlechtsrollen des 19. Jahrhunderts komplementär zueinander bestimmt, dort Härte und Durchsetzungsvermögen, hier Herz und Gemüt. Nicht zufällig wurde damals die “halbierte Moderne” (ULRICH BECK) erfunden, die Sonderrolle der Frau als eine Art Schonraum, eine Ambulanzstation für die Wechselfälle und Krisen des menschlichen Daseins. Wird nun diese “weibliche” Seite ersatzlos gestrichen, dann gewinnt die instrumentelle Vernunft alleinigen Vorrang.

Was also tun? Für Autoren wie BERGER / BERGER liegt die Lösung wesentlich darin, dass die Rolle der Frau bewusst als Sonderrolle definiert wird: Sie soll, inmitten einer sich individualisierenden Gesellschaft, die Familie als Nische der Gemeinsamkeit wahren. Bei Autorinnen und Autoren, die der Frauenbewegung nahestehen, wird vielfach auf das umgekehrte Lösungsmodell gesetzt: Die gegenwärtigen Formen der Individualisierung müssen neu überdacht werden, damit nicht die Markt- und Tauschlogik alleinigen Vorrang gewinnt, die erst die Arbeitswelt bestimmt hat, jetzt immer mehr Lebensbereiche durchdringt. Diese Autoren wollen keine Sonderrolle der Frau, kein kleines Reservat für Gefühle, Geduld, Einfühlungsvermögen. Nein, ganz im Gegenteil: die “Sorge für andere”

soll zur allgemein gesellschaftlichen Priorität werden und entsprechenden Vorrang erhalten. So z.B. ELIZARETSKY:

“Die Ausbreitung einer Gesellschaft, die nach den Prinzipien von Selbständigkeit, Markt, Lohnarbeit organisiert ist, bedeutet (zunächst) einen grossen Fortschritt, insbesondere für Frauen. Aber heute verrät der ökonomische Individualismus das Versprechen, das er einst beinhaltete, weitgehend. Man nehme den Versuch, das traditionell männliche Ideal persönlicher Unabhängigkeit auf Frauen auszudehnen; oder ebenso den Versuch, das traditionell weibliche Ideal der Fürsorglichkeit auf Männer auszudehnen; beide Versuche können nicht in einem Wirtschaftssystem gedeihen, das ein einseitiges Ideal ökonomischer Unabhängigkeit fördert und eine entsprechend hohle Gemeinschaftlichkeit. Wahre Unabhängigkeit, für Männer wie Frauen, beruht darauf, dass wir unsere Abhängigkeit von anderen akzeptieren. Wahre Unabhängigkeit wird dann verwirklicht, wenn wir für andere sorgen können und anderen geben können, ohne dass wir mit uns selbst in Konflikt geraten.” (The Place of the Family in the Origins of the Welfare State. In: THORNE / YALOM, Hg.: Rethinking the Family. Some Feminist Questions, New York und London 1982, S. 218f.)

Beitrag zur Podiumsdiskussion “Solidarität und Individualisierung”

Georges Enderle (St. Gallen)

Meine Überlegungen eines Nichtsoziologen, der die Thematik aus der Sicht eines Ökonomen und Philosophen (Wirtschaftsethikers) angeht und der mit den Schweizer Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, möchte ich in drei Punkten zusammenfassen: Ausgehend von einem neulichen Abstimmungsentscheid des Schweizer Volkes (1.), werden einige grundsätzliche anthropologische und ethische Überlegungen zu “Solidarität und Individualisierung” angestellt (2.) und eine *Conditio sine qua non* für eine stabile, längerfristige Sozialpolitik formuliert (3.).

1. Ein Beispiel aus der Schweiz: Nein zur Mutterschaftsversicherung in der Volksabstimmung vom 6.12.1987

Die Gesetzesvorlage für die Mutterschaftsversicherung (die im übrigen mit einer Vorlage zur Krankenversicherung gekoppelt war) sah vor, dass alle erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Mütter während 16 Wochen ein Taggeld zwischen 39 und 117 Franken erhalten sollten. Ähnlich wie die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie die Erwerbsersatzordnung (bei Militärdienst) sollte sie nach der Mischkonzeption von Äquivalenzprinzip und Solidarprinzip konstruiert und durch Lohnprozente (0,3%) finanziert werden. Die Gegner, vor allem aus gewerblichen Kreisen, kritisierten die jährlichen Zusatzkosten von mehreren hundert Millionen Franken, den Finanzierungsmodus über Lohnprozente und die “unsoziale” Einrichtung, dass Gut-Verdienende höhere Leistungen als Mütter mit geringerem Einkommen erhielten und auch Nichterwerbstätige, selbst Bestsitiuerte vom Staat unterstützt würden. Der Bundesrat (Exekutive) machte für die